

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl Honay

317

Wien, am Mittwoch, den 12. Dezember 1923.

Was die Gemeinde für die Schulen ausgibt. Die Ausgaben der Gemeinde Wien für das Schulwesen belaufen sich nach dem Voranschlag für das Jahr 1924 auf rund 356 Milliarden Kronen. Den grössten Teil dieser Summe beansprucht natürlich der Aufwand für die Volks- und Bürgerschulen, die im Voranschlage nicht weniger als rund 331 Milliarden Kronen eingesetzt sind. Davon entfallen 180.4 Milliarden Kronen auf die Bezüge des Schulpersonales und 71.5 Milliarden Kronen auf die Ruhe- und Versorgungsgehälter der Lehrpersonen. Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel für die Volks- und Bürgerschulen sind mit 20.2 Milliarden Kronen veranschlagt, wovon auf die Klassenlektür und Bücher 9.6 Milliarden entfallen. Die Beheizung der Schulräume erfordert 19.5 Milliarden und die Beleuchtung 3.6 Milliarden Kronen. Die Reinigungsgegenstände werden rund eine Milliarde und die Verwaltung der städtischen Schulhäuser mehr als 18.4 Milliarden Kronen kosten. Die Fachschulen sind im Voranschlag mit einer Ausgabensumme von mehr als 9.5 Milliarden Kronen enthalten. Den grössten Teil dieses Betrages, nämlich 8.1 Milliarden Kronen, beansprucht der gesetzliche Beitrag der Gemeinde zum Fortbildungsschulfonds. Nach dem Voranschlag werden im Jahre 1924 die Mittelschulen der Gemeinde mehr als 851 Millionen Kronen kosten. Davon entfallen allein auf den persönlichen Aufwand für die Lehrerkademe und für sonstige Lehranstalten 373.4 Millionen Kronen, der sachliche Aufwand für das pädagogische Institut der Stadt Wien erfordert 304.6 Millionen, die Lehrmittel für die Mittelschulen 72 Millionen und die Lehrbücher für fremde Sprachen für diese Schulen 50 Millionen Kronen. Die Ausgaben für den Stadtschulrat sind mit 170.2 Millionen, für Stipendien mit 183.5 Millionen und für die Lehrerarbeitgemeinschaften mit 16 Millionen Kronen veranschlagt. Die Kosten der Schülerspeisung betragen nach dem Voranschlag für das Jahr 1924 rund 14 Milliarden, die Bezüge der 41 Schulärzte und der 7 Aerzte in den Schulzahnkliniken 408.8 Millionen und die Bezüge der 7 zahnärztlichen Assistenten an den Schulzahnkliniken und die Pauschalien der dort beschäftigten Schulwarte 109.9 Millionen Kronen.

Keine neuen Strassenverkaufsstände und Kioske. Seit Beendigung des Krieges häufen sich die Ansuchen um Standplätze für Strassenhandel aller Art. Die Ursache ist leicht zu ergründen: Da ein Geschäftslokal nur in den allerseltensten Fällen zu erhalten ist, wird versucht, den Handel in offenen Ständen oder in Hütten auszuüben. Schliesslich ergeben sich bei den Strassenhändlern auch verhältnismässig geringere Regien, als bei den Geschäftslokalen. Die Gemeindeverwaltung ist aber nicht mehr in der Lage die vielen täglich mündlich und schriftlich vorgebrachten Ansuchen um einen Standplatz zu berücksichtigen, da in den in Betracht kommenden Bezirksteilen sich bereits ~~derart~~ viele Standplätze befinden, daß eine Vermehrung unmöglich ist. Der Gemeinderatsausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten hat bereits früher beschlossen, dass für die Mariahilferstrasse neue Standplätze nicht mehr ausgegeben und ausserdem Hütten in denen Lebensmittel verkauft werden, auf öffentlichem Gute nicht mehr errichtet werden dürfen. Nunmehr wurde auch beschlossen, dass vorläufig neue Standplätze für Sodawasserwagen, für Würstelverkäufer, für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, für Schuhputzer, für Fuhrwerke, sowie Hütten und Kioske aller Art für den Verkauf irgendwelcher Gegenstände, nicht mehr zu bewilligen sind. Es sind daher Ansuchen um solche Standplätze zwecklos.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 12. Dezembervl 1923. Abendausgabe.....

Die Beratungen des Stadtbudgets. Der städtische Finanzausschuss hat heute die Verhandlungen über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1924 fortgesetzt. Es wurden die Verwaltungsgruppen für technische Angelegenheiten, für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten und für allgemeine Verwaltung vollständig erledigt, während die Gruppe für die städtischen Unternehmungen morgen verhandelt werden wird. Bei der Beratung der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten verwies amtsführender Stadtrat Siegel darauf, dass bei Einrechnungen der Bauausführungen, die in den anderen Verwaltungsgruppen enthalten sind, nicht weniger als 44 Prozent der Gesamtausgaben für technische Angelegenheiten verwendet werden. Auf dem Gebiete der Hochbauten übertriffe die Tätigkeit der Gemeinde ungemein stark die in den besten Jahren vor dem Kriege. Günstig entwickle sich auch die Mechanisierung des Fuhrwerksbetriebes. So werde schon jetzt versucht, die Pferde zur Schneesäuberung nicht mehr zu verwenden, sondern die Schneepflüge zu automobilisieren. Im kommenden Jahre wird die Gemeinde hundert Milliarden Kronen für Strassenpflasterungen ausgeben, also genau soviel, als sie bereits in diesem Jahre verausgabt hat. Mehr zu leisten ist unmöglich, da einschliesslich der Heranziehung des Auslandes zur Lieferung von Steinen, nicht mehr Material aufzutreiben sei. Bei dieser Gruppe wurde von der Minderheit eine Reihe von Wünschen aus den einzelnen Bezirken vorgebracht. Vor allem die öffentliche Beleuchtung gab zu einer längeren Debatte Anlass. Stadtrat Siegel wies darauf hin, dass die Gemeinde jetzt nicht beabsichtige eine vermehrte Gasbeleuchtung einzurichten, da die Stadt elektrisch beleuchtet werden wird und es eine unnütze Ausgabe wäre, die jetzt angebrachten Gasarmaturen in kurzer Zeit wieder abzumontieren. Es werden jetzt 97 Hauptstrassenzüge elektrisch beleuchtet und mit dem Einlangen des Wasserkraftstromes im Jahre 1924 werden auch die Nebengassen diese moderne Beleuchtung erhalten. Die Klagen über die Beleuchtung der Turmuhren werden teilweise durch die Verwendung von Zünduhren beseitigt werden. Bei dem Kapitel Kehrrichtabfuhr wurde festgestellt, dass die Abfuhr für die Mietparteien vollkommen kostenlos erfolge. Nur Betriebe haben so wie seit Jahrzehnten einen geringfügigen Betrag auch bei dem neuen Colonasystem zu zahlen. Die Wasserversorgung Wiens bilde ein ernstes Problem, da sich seit dem Jahre 1910 der Verbrauch verdreifacht habe und der Bau einer dritten Hochquellenleitung unmöglich sei. Es werden daher die Wassermehrbrauchsgebühren erhöht, gleichzeitig aber auch die Wassermenge für die nichts zu zahlen ist, von 25 auf 35 Liter für den Kopf täglich erhöht. Bei der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten wurde von den Gemeinderäten Zimmerl und Angermayer eine Stellungnahme der Gemeinde zur Preisbewegung bei Fleisch und Brot gefordert. Stadtrat Kokrda legte dar, dass die Gemeinde auf die Fleischpreise keinen Einfluss habe. Eine Ermässigung der Fleischpreise sei nur dann zu erwarten, wenn es gelingt mit Ungarn, Jugoslawien und Rumänien Handelsverträge abzuschliessen, worauf aber der Gemeinde ein Einfluss nicht zustehe. Der Brotpreis werde schon seit 1922 nicht mehr vom Landeshauptmann, sondern durch die freie

Wirtschaft bestimmt. Die einzige Stelle, die sich mit einer Prüfung der Brotpreise beschäftigen könne, sei die Wirtschaftspolizei. Die Minderheit wies ferner darauf hin, dass auch in diesem Voranschlage alle Schulkinder mit Lernmittel beteiligt werden sollen und wiederholte die schon im Vorjahr gestellten Anträge, dass nur die Kinder der Armen diese Lernmittel erhalten sollen. Ebenso wurden Wünsche wegen des Ausmasses der zugeteilten Materialien vorgebracht. Stadtrat Kokrda erwiederte, dass die Mehrheit von dem Grundsatz nicht abgehe, nach dem in der Schule die Kinder nicht schon durch die Lernmittel den Unterschied zwischen Arm und reich fühlen sollen. Es sei aber heute gar nicht leicht, die Grenzlinie zwischen arm und reich richtig zu ziehen, da viele Familien aus dem Mittelstande genötigt wären, um solchen Armenlernmittel anzusuchen. Bei der Verwaltungsgruppe für allgemeine Angelegenheiten erörterte Stadtrat Kunschak die Frage der beschleunigten Behandlung der Einbürgerungsgesuche. Er erhob gegen den Magistratsdirektor den Vorwurf, dass er sich eine Kompetenzüberschreitung zuschulden kommen liess, da nur der Bürgermeister berechtigt ist, einen solchen Auftrag zu erteilen. Stadtrat Richter stellte fest, dass der Magistratsdirektor durchaus berechtigt war, diese beschleunigte Behandlung anzuordnen, weil er den Beamten Weisungen erteilen könne. Uebrigens habe es sich dabei nur um 200 Gesuche gehandelt, die auf den Wahlausgang gar keinen Einfluss ausübten, da davon eine Reihe noch abschlägig beschieden wurden und sie sich auf alle Bezirke verteilten. Die Minderheit führte auch Beschwerde wegen der zu geringen Ansätze für Kultuszwecke und Erhaltung der Patronatskirchen. Die Beratung der Gruppe für städtischen Unternehmungen wurde von Vizebürgermeister Emmerling eingeleitet. Die Debatte darüber wird in der morgigen Sitzung erfolgen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 12. Dezembervl 1923. Abendausgabe.....

Die Beratungen des Stadtbudgets. Der städtische Finanzausschuss hat heute die Verhandlungen über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1924 fortgesetzt. Es wurden die Verwaltungsgruppen für technische Angelegenheiten, für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten und für allgemeine Verwaltung vollständig erledigt, während die Gruppe für die städtischen Unternehmungen morgen verhandelt werden wird. Bei der Beratung der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten verwies amtsführender Stadtrat Siegel darauf, dass bei Einrechnungen der Bauausführungen, die in den anderen Verwaltungsgruppen enthalten sind, nicht weniger als 44 Prozent der Gesamtausgaben für technische Angelegenheiten verwendet werden. Auf dem Gebiete der Hochbauten übertriffe die Tätigkeit der Gemeinde ungemein stark die in den besten Jahren vor dem Kriege. Günstig entwickle sich auch die Mechanisierung des Fuhrwerksbetriebes. So werde schon jetzt versucht, die Pferde zur Schneehäuberung nicht mehr zu verwenden, sondern die Schneepflüge zu automobilisieren. Im kommenden Jahre wird die Gemeinde hundert Milliarden Kronen für Strassenpflasterungen ausgeben, also genau soviel, als sie bereits in diesem Jahre verausgabt hat. Mehr zu leisten ist unmöglich, da einschliesslich der Heranziehung des Auslandes zur Lieferung von Steinen, nicht mehr Material aufzutreiben sei. Bei dieser Gruppe wurde von der Minderheit eine Reihe von Wünschen aus den einzelnen Bezirken vorgebracht. Vor allem die öffentliche Beleuchtung gab zu einer längeren Debatte Anlass. Stadtrat Siegel wies darauf hin, dass die Gemeinde jetzt nicht beabsichtige eine vermehrte Gasbeleuchtung einzurichten, da die Stadt elektrisch beleuchtet werden wird und es eine unnütze Ausgabe wäre, die jetzt angebrachten Gasarmaturen in kurzer Zeit wieder abzumontieren. Es werden jetzt 97 Hauptstrassenzüge elektrisch beleuchtet und mit dem Einlangen des Wasserkraftstromes im Jahre 1924 werden auch die Nebengassen diese moderne Beleuchtung erhalten. Die Klagen über die Beleuchtung der Turmuhren werden teilweise durch die Verwendung von Zünduhren beseitigt werden. Bei dem Kapitel Kehrrechtabfuhr wurde festgestellt, dass die Abfuhr für die Mietparteien vollkommen kostenlos erfolge. Nur Betriebe haben so wie seit Jahrzehnten einen geringfügigen Betrag auch bei dem neuen Colonasystem zu zahlen. Die Wasserversorgung Wiens bilde ein ernstes Problem, da sich seit dem Jahre 1910 der Verbrauch verdreifacht habe und der Bau einer dritten Hochquellenleitung unmöglich sei. Es werden daher die Wassermehrbrauchsgebühren erhöht, gleichzeitig aber auch die Wassermenge für die nichts zu zahlen ist, von 25 auf 35 Liter für den Kopf täglich erhöht. Bei der Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten wurde von den Gemeinderäten Zimmerl und Angermayer eine Stellungnahme der Gemeinde zur Preisbewegung bei Fleisch und Brot gefordert. Stadtrat Kokrda legte dar, dass die Gemeinde auf die Fleischpreise keinen Einfluss habe. Eine Ermässigung der Fleischpreise sei nur dann zu erwarten, wenn es gelingt mit Ungarn, Jugoslawien und Rumänien Handelsverträge abzuschliessen, worauf aber der Gemeinde ein Einfluss nicht zustehe. Der Brotpreis werde schon seit 1922 nicht mehr vom Landeshauptmann, sondern durch die freie

Wirtschaft bestimmt. Die einzige Stelle, die sich mit einer Prüfung der Brotpreise beschäftigen könne, sei die Wirtschaftspolizei. Die Minderheit wies ferner darauf hin, dass auch in diesem Voranschlage alle Schulkinder mit Lernmittel beteiligt werden sollen und wiederholte die schon im Vorjahr gestellten Anträge, dass nur die Kinder der Armen diese Lernmittel erhalten sollen. Ebenso wurden Wünsche wegen des Ausmasses der zugeteilten Materialien vorgebracht. Stadtrat Kokrda erwiederte, dass die Mehrheit von dem Grundsatz nicht abgehe, nach dem in der Schule die Kinder nicht schon durch die Lernmittel den Unterschied zwischen Arm und reich fühlen sollen. Es sei aber heute gar nicht leicht, die Grenzlinie zwischen arm und reich richtig zu ziehen, da viele Familien aus dem Mittelstande genötigt wären, um solchen Armenlernmittel anzusuchen. Bei der Verwaltungsgruppe für allgemeine Angelegenheiten erörterte Stadtrat Kunschak die Frage der beschleunigten Behandlung der Einbürgerungsgesuche. Er erhob gegen den Magistratsdirektor den Vorwurf, dass er sich eine Kompetenzüberschreitung zuschulden kommen liess, da nur der Bürgermeister berechtigt ist, einen solchen Auftrag zu erteilen. Stadtrat Richter stellte fest, dass der Magistratsdirektor durchaus berechtigt war, diese beschleunigte Behandlung anzuordnen, weil er den Beamten Weisungen erteilen könne. Uebrigens habe es sich dabei nur um 200 Gesuche gehandelt, die auf den Wahlausgang gar keinen Einfluss ausübten, da davon eine Reihe noch abschlägig beschieden wurden und sie sich auf alle Bezirke verteilten. Die Minderheit führte auch Beschwerde wegen der zu geringen Ansätze für Kultuszwecke und Erhaltung der Patronatskirchen. Die Beratung der Gruppe für städtischen Unternehmungen wurde von Vizebürgermeister Emmerling eingeleitet. Die Debatte darüber wird in der morgigen Sitzung erfolgen.